

innergesellschaftlich. Das war permanenter Zielpunkt, bis zum Aufruf des „Neuen Forum“, das darin wirklich seine geradezu geniale Stunde hatte, indem es dazu aufforderte, diesen Dialog über die Fragen des Landes zu beginnen. Damit zerbrach im Grunde ein Monopol, denn bis dahin ist die Selbstverständigung der Bürger über ihre Zukunft verhindert worden. Dialog war also ein Grundprinzip zumindest der Praxis, die wir selbst bestimmen wollten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Auf meiner Liste stehen jetzt fünf Namen. Nach dem Vorschlag von Markus Meckel möchte ich die Liste auch gleich schließen; denn wir haben ja vor, noch eine Gesamtrunde zu machen. Herr Jacobsen!

Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen: Ich möchte Frau Poppe und Frau Eigenfeld meinen Dank dafür aussprechen, daß sie dieses Selbstverständnis so dargestellt haben. Vielleicht könnten wir in Zukunft doch ein wenig präziser als in der Vergangenheit unterscheiden zwischen oppositionellem Verhalten zur Reform des Systems – keine Opposition, sondern oppositionelles Verhalten! – und oppositionellem Verhalten zur Überwindung des Systems. Damit hätten wir zwei Kategorien, wobei manches natürlich noch dazwischenliegt. – Aus den Beiträgen hier ist sehr deutlich geworden, daß solche Unterscheidungen notwendig sind.

Eine Frage an Herrn Gutzeit: Bei hohem Respekt vor dem, was gestern und heute gesagt worden ist – es waren bewegende Zeugnisse dabei –, muß man doch immer wieder den Versuch unternehmen – der scheint mir bei Ihnen, Herr Gutzeit, nicht hinreichend gelungen zu sein –, die Wirkungsgeschichte ein wenig stärker im Auge zu behalten. Das heißt: Wir müssen uns fragen: Wie war denn die Transformation in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik überhaupt möglich, und wie ist in dem Zusammenhang das Verhalten von Menschen zu sehen, wie es geschildert worden ist?

Da gehört es zur Ehrlichkeit, zu sagen: Ohne die Bemühungen von außen, ohne eine permanente Strategie der Auflockerung – Stichworte: Harmel-Bericht, Entspannung, KSZE-, um überhaupt diesen Handlungsspielraum nicht nur in der DDR, sondern auch in Polen und in anderen Staaten zu schaffen, war das, was seit den sechziger/siebziger Jahren lief, nicht möglich; das war eine der Grundvoraussetzungen.

Es klang schon bei Herrn Misselwitz ein wenig an: Ohne den Prozeß der Enddogmatisierung und Entmilitarisierung von Gorbatschow – um nur ein weiteres Beispiel zu nennen – wäre die Möglichkeit zu verstärktem oppositionellem Verhalten in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik nicht denkbar gewesen. Wir wissen das aus dem Jahr 1956. Wir wissen das aus dem Jahre 1968.

Ich wäre dankbar, wenn Sie aus Ihrer Sicht das vielleicht noch einmal gewichten könnten, weil uns ja erst das Zusammenspiel von äußeren und

inneren Faktoren befähigt, die Gewichte stärker so zu setzen, wie sie historisch wahrscheinlich zu setzen sind.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Martin Gutzeit, Jahrhundertfrage!

Martin Gutzeit: Das ist eine Frage, über die wir schon seit geraumer Zeit im Clinch liegen.

Wesentlich für diese ganze Aufbruchs-, Umbruchsphase ist doch, daß hier tatsächlich DDR-interne Kräfte wirksam geworden sind. Daß dabei gewisse Rahmenbedingungen eine Rolle gespielt haben, habe ich nie in Frage gestellt. Ich habe bewußt auf Gorbatschow, auch auf den KSZE-Prozeß hingewiesen. Ich habe andererseits aber auch auf eine westliche Fehlperspektive hingewiesen, die nämlich die Notwendigkeit von Veränderungen als internen Prozeß oppositionellen Verhaltens zumindest in den achtziger Jahren, wenn nicht schon vorher, überhaupt nicht mehr im Blick gehabt hat. Das ist doch der Sachverhalt, auf den ich hinweisen muß.

Ich muß das so sagen: Das geht hin bis zu Gert Weisskirchen. Als ich mit ihm im Juni 1989 zusammenkam und er mich gefragt hat: „Wie ist denn das? Wie soll sich denn die SPD gegenüber der DDR verhalten?“, habe ich versucht, ihm das zu erläutern. Ich habe gesagt: „Ihr müßt euch so verhalten, daß das, was Ihr seid, auch bei uns möglich ist, das heißt das Wahrnehmen dieser politischen Rechte, so daß wir eigentlich, wenn Sie es ernst nehmen, die gleichen Rechte haben.“ Das begreiflich zu machen war jedenfalls in Richtung Westen nur schwer möglich. Das ist eine andere Handlungsperspektive als die der Entspannung. Das war doch eher ein Versuch, die Probleme, die wir hatten, ein bißchen zu dämpfen, ein bißchen menschlicher zu gestalten. Aber die Systemüberwindungsperspektive lag in keiner Weise oder nur bei den wenigsten vor, und dort, wo sie vorhanden war oder formuliert wurde, war es sehr abstrakt und formal und hatte überhaupt nicht mehr die DDR-internen oppositionellen Kräfte im Blick.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Weisskirchen, Herr Passauer, Herr Hilsberg, Herr Fischer.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Ja, auch der Westen; Gorbatschow auch, einverstanden –, aber der entscheidende Punkt ist, daß es Menschen gibt, die in entscheidenden Situationen, die nicht wiederkehren, die Freiheit des Handelns in Anspruch nehmen, ohne daß sie wissen, zu welchem Ergebnis dieses Handeln führt, ob es sie selbst hinwegfegt, ob es das Individuum wieder zum eigenen Leben bringt. Das ist der Versuch gewesen, in der Wahrheit zu leben und die Bedingungen zu schaffen, die notwendig sind, damit Freiheit überhaupt erst gelebt werden kann. Ich weiß, Herr Professor Jacobsen, daß es da Grenzen gibt, aber wenn es nicht in entscheidenden Situationen Menschen gibt, die nicht nach Grenzen fragen, sondern diese Grenzen überspringen und den Mut haben, sie zu durchbrechen, kann Freiheit nie konstituiert werden.

(Beifall) Die Frage, die ich stelle: Emanzipation zu realisieren in Systemen, in denen Diktatur herrscht, ist die Vorwegnahme einer Gesellschaft, die noch nicht ist und die erst dadurch konstituiert wird, daß der einzelne, wenn er handelt, in diesem Vorweghandeln Freiheit konstituiert, zunächst für sich, in Gruppen, mit anderen zusammen – gegen eine Gesellschaft, wie sie existiert. Das ist das, was hier geschehen ist. Wenn wir dazu vielleicht etwas beigetragen haben, ist es gut; die haben es selbst gemacht, und die haben es erreicht. (Beifall)

Sv. Martin-Michael Passauer: Ich frage Martin Gutzeit und Ulrike Poppe: Aus meiner Sicht gehört zu Widerstand und Opposition – das ist schon angesprochen worden – auch die öffentliche Demonstration. Bei Martin Gutzeit kam dieses Element der Demonstration, das auch zur Überwindung von Diktaturen führt, meines Erachtens zuwenig oder gar nicht vor.

Ich erinnere mich an eine Demonstration 1988 gegen das Verbot der Kirchenzeitung. Das war, wenn man so will, ein gewisser neuer Punkt oder eine neue Formierung von widerständigem Verhalten. Christian Dietrich hat das ja ähnlich erzählt. Die Jenenser haben das gestern abend auch erzählt.

Ich möchte also Martin Gutzeit und Ulrike Poppe noch einmal fragen, was das Element der Demonstration bei widerständigem Verhalten eigentlich bedeutete, wann darauf verzichtet wurde und wann es legitimiert war.

Die zweite Frage richtet sich an Hans Misselwitz und Katrin Eigenfeld. – Ich will mich jetzt nicht zu dem ganzen Problem „Kirche und Gruppen“ äußern, obwohl es mich unendlich reizt. Wir haben dazu vier große Anhörungen gehabt. Eine Frage möchte ich aber gern stellen, vielleicht auch aus dem praktischen Erleben. Die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in der Kirche waren ja nicht nur Stolpe und Leich, sondern das waren oft Gemeindeglieder, in Halle oder in Berlin-Pankow, Frauen und Männer, die in der DDR genauso gelebt haben wie wir alle. Die haben oft eine andere politische Auffassung oder Einstellung gehabt als Gruppen, die innerhalb der Gemeinde leben wollten.

Meine Frage lautet: Ist der Dialog eigentlich zwischen DDR-Bürgern unterschiedlicher politischer Auffassung innerhalb einer vorgegebenen Gruppe, also in der Kirche, gelungen oder nicht? An sich hätte es doch einer Überwindung oder Überredung bedurft, um die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger davon zu überzeugen, daß das Anliegen richtig ist. Wäre es also darum gegangen, sich nicht an der Hierarchie festzumachen, sondern an denen, die wirklich die Entscheidung treffen? Da hat es unterschiedliche politische oder offensichtlich auch biblisch-theologische Auffassungen gegeben.

Meine konkrete Frage also: Ist dieser Dialog innerhalb der Kirche oder der Gemeinde zwischen den unterschiedlichen politischen Auffassungen gelungen?

Abg. Hilsberg (SPD): In der Bundesrepublik gibt es eine Fülle von Veröffentlichungen, gerade zu den „mainstreams“, über das Ende der DDR, in denen der Opposition lediglich so etwas wie eine moralische Rolle zugebilligt wird. Mit dieser Legende muß endgültig aufgeräumt werden. Ich würde mir wünschen, daß das, was hier gestern und heute gesagt worden ist, sehr viel lauter als bisher, lautstark, vor allem in der Öffentlichkeit, auch über die Presse, zur Kenntnis gebracht würde. Das ist insgesamt immer noch eine sehr, sehr schwache, viel zu schwache Stimme angesichts der politischen Wirkung, die es eben doch gehabt hat.

Wir sind jetzt noch am Anfang, und eine Geschichte der Opposition kann noch nicht geschrieben werden; dafür ist bisher viel zu wenig klar. Aber dieser Unterscheidung, die Herr Jacobsen versucht hat, möchte ich doch energisch widersprechen, weil man nicht einfach nur von den politischen Zielperspektiven sprechen kann, sondern auch von der Funktion sprechen muß. Auf diesen Unterschied zwischen Selbstverständnis und Funktion hat Martin Gutzeit deutlich hingewiesen. Das heißt: Wenn Opposition gemacht wurde, war es immer eine Fundamentalopposition. Es ging gar nicht anders in diesem Lande, weil es immer die Inanspruchnahme des Für-sich-selber-Sprechens war, was durch die SED ja gerade nicht zugebilligt wurde.

Ich möchte noch eine Frage stellen: Ulrike Poppe hat davon gesprochen, man könne eine Klassifizierung der Opposition nach unterschiedlichen Strömungen, die es gegeben hat, nicht vornehmen, dafür sei zu vieles durcheinandergegangen. Die Frage ist: Gibt es nicht doch so etwas wie unterschiedliche Strömungen, unterschiedliche Zielvorstellungen, die man ausmachen kann, und ist nicht genau das die Aufgabe, die in der Aufarbeitung vor uns liegt, nämlich einmal auszumachen, wohin wollten die einzelnen gehen, bis zu welchem Punkt des Selbstverständnisses waren sie bei ihrem Weg des Widerstandes schon gegangen?

Katrin Eigenfeld hat das sehr gut beschrieben: Widerstand war das erste. Zum Widerstand war man herausgefordert, wenn man seine Würde bewahren wollte. Man mußte ja antworten. Wenn man nicht geantwortet hätte, wäre man feige gewesen. Es war manchmal kein bewußter Schritt, kein aktiver Schritt. Es blieb eben nur eine Möglichkeit übrig: entweder Anpassung oder Widerstand. Es gab keinen Mittelweg dazwischen. Wenn man sich nicht weiter anpassen wollte, mußte man irgendwann einmal Schluß machen. Gerade in den achtziger Jahren haben sehr viele diesen Weg weg von der Anpassung genommen. Da ist ja die Opposition noch einmal erstarkt. Gerade in dem Moment, in dem sie sich schwach fühlte, 1988, nach den Verhaftungen, ist sie wieder erstarkt. In dem Moment, in dem der Staat dachte, jetzt habe er sie im Griff, hat sie neu an Stärke gewonnen.

Die Frage muß erlaubt sein: Kann man jetzt schon so etwas wie Hauptlinien, Hauptrichtungen bestimmen, anhand derer man erkennen kann, in welche

Richtung die einzelnen oppositionellen Strömungen eigentlich marschieren wollten?

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Mich beschäftigt immer noch eine Frage, auf die ich nicht unbedingt eine Antwort erwarte, die ich aber zumindest einmal stellen will. Es geht um etwas, was Frau Eigenfeld, Frau Poppe und auch Herr Dietrich angesprochen haben. Ich will es einmal so formulieren: Könnte diese von Ihnen beklagte fürsorgliche Haltung der Kirchenoberen gegenüber den oppositionellen Gruppen – ich bitte das jetzt nicht falsch zu verstehen, Frau Poppe oder Frau Eigenfeld; als Historiker versuche ich nur zu erklären, wieso das eigentlich kommt – auch etwas mit den Jahrgängen zu tun haben, die hier vor mir sitzen? Ich will damit sagen, daß Sie – Frau Poppe, Jahrgang 1953, wie ich gehört habe – natürlich nicht die Erfahrungen eben dieser fünfziger Jahre gemacht haben, in denen Sie ja erst geboren worden sind. In dem Jahr, in dem Sie geboren wurden, wurden uns die Blumenkästen von den Gartenzäunen der Pfarrämter gerissen, und es verschwanden der eine oder andere Superus oder Pfarrer. Ich könnte mir also schon denken – ohne das damit jetzt entschuldigen zu wollen; ich will es nur erklären –, daß hier eine Generation Erfahrungen gesammelt hat und Ihnen bestimmte Erfahrungen ersparen wollte.

Ich habe noch eine Frage an Frau Poppe: Ich könnte mir denken – ich frage das als Außenstehender; ich habe diese Dinge hier in der DDR nicht mehr erlebt –, daß Sie für eine solche Haltung – wie immer man das auch nennt; ich will das nicht so differenzieren wie Herr Jacobsen; es sei dahingestellt, ob es Opposition oder Widerstand oder etwas darunter war – gelegentlich natürlich auch eine gewisse Ermutigung gebraucht haben. Wenn ich jetzt wieder die historische Erfahrung heranziehe, dann muß ich zu dem Schluß kommen: Aus der Geschichte der DDR konnten Sie diese Ermutigung eigentlich kaum gewinnen; da ist ja alles schiefgegangen.

Meine Frage von daher also: Woher haben Sie eigentlich so etwas wie Ermutigung, Ermunterung, Unterstützung – oder wie immer man das bezeichnen will – bezogen? – Könnte es sein – das wäre die erste Frage –, daß hier der internationale Kontakt eine Rolle gespielt hat? – Ich erinnere mich an bestimmte Aussagen, die Gerd Poppe bei uns in der Enquete-Kommission gelegentlich gemacht hat, die mich eingangs sehr stutzig werden ließen, weil ich diesen Weg noch gar nicht so gesehen hatte. Welche Rolle haben also die Auseinandersetzungen, die Kontakte, die Gespräche, die Diskussionen mit den Polen, mit den Ungarn, mit den Tschechen gespielt?

Eine zweite Frage in diesem Zusammenhang – das haben wir hier gelegentlich schon angesprochen, und mit Karl Wilhelm Fricke haben wir ja auch einen Vertreter eines öffentlichen Mediums hier –: Welche Rolle spielte bei den Initiativen, die Sie da haben starten können, eigentlich das Echo, das es doch gelegentlich in den westlichen Medien gegeben hat? Hat Ihnen das

eigentlich geholfen? War Ihnen das recht? Ich will es einmal zuspitzen: War es Ihnen recht, daß- ich unterstelle einmal, daß das geschehen ist – etwa das ZDF-Magazin von Herrn Löwenthal, von Herrn Schenk über diese Dinge berichtet hat? Man konnte ja den Eindruck haben, daß das im Westen eher negativ gesehen wurde. Wie haben Sie das hier in der DDR empfunden?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Als letzter jetzt noch Bernd Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich greife nur eine von meinen Fragen heraus. Ich knüpfe an die Diskussion Gutzeit/Jacobsen/Weisskirchen an. Können wir uns auf die Position verständigen – auch wenn wir das als Historiker noch sorgfältig aufzuarbeiten haben –, daß sowohl im Westen als auch in der Bürgerrechtsbewegung in der DDR der Horizont des Handelns ein fundamental anderer war als der, den wir heute sehen? Anders formuliert: Die Logik des historischen Prozesses, die wir gegenwärtig sehen können, kann einfach nicht identisch sein, und zwar weder für Ost noch für West, mit dem Horizont, unter dem de facto gehandelt worden ist. Diese Differenz müßten wir einmal festhalten.

Bezogen auf die Bürgerrechtsbewegung läßt sich doch einfach feststellen: Die Frage des Wiederherstellung der nationalen Einheit war bei den meisten nicht im Kalkül enthalten. Ich persönlich habe auch die Zielsetzung „Gewaltenteilung“ bei der Bewegung so noch nicht wahrgenommen, obgleich sie in der Logik der Forderungen, des Einklagens von Menschen- und Bürgerrechten enthalten ist.

Insofern kann man sagen: Sowohl in den Intentionen, in den Ansätzen Ost als auch in den Ansätzen West, waren bereits Momente, die über diesen Status quo hinaustrieben, enthalten. Aber wir sollten doch nicht so tun, als ob der damalige Horizont mit dem heutigen identisch gewesen ist. Wir können mit Hegel vielleicht sagen – Martin Gutzeit, für Sie ist das doch ganz naheliegend –: Irgendwo war dann die „List der Vernunft“ im historischen Prozeß wirksam. Aber das ist doch nicht identisch mit dem, was in dem Horizont der jeweiligen Zeit den Akteuren bewußt war. Dies gilt für beide Richtungen, für Ost und West. Ich warne davor, sozusagen vom Endpunkt her Geschichte, das heißt ex post, zu konstruieren, wie das manchmal so oder so passiert.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Wir treten nun in die letzte Runde ein, bevor ich den Vorsitz Armin Mitter überlasse. Christian Dietrich zunächst.

Christian Dietrich: Die Antwort auf die letzte Frage oder das Gespräch darüber möchte ich mir verkneifen, weil ich denke, eigentlich wäre es die Aufgabe der Kommission in den nächsten Jahren, gerade an dieser Frage weiterzuarbeiten, weil daran die Frage des Sinns von Widerständigkeit geknüpft ist.

Jetzt zu der Frage von Professor Fischer, welche Rolle die Generationsfrage gespielt hat: – Ich kann das nur bestätigen. Auch meine Erfahrung war, daß vor allem Menschen, die die fünfziger Jahre und – ganz wichtig – das Ende der vierziger Jahre erlebt haben, meinten, daß so etwas immer wieder passieren kann. Ich bin Jahrgang 1965, bin in eine Diktatur hineingeboren worden. Der ideologische Wind war weg. Da war nichts mehr. Heute wurde ja auch schon mehrmals vorgebracht: Diese Sprache kam nicht mehr an. – Ich könnte jetzt auch einige Beispiele dafür bringen, inwieweit dieser Repressionsapparat, der da aufgebaut worden ist, noch greifen konnte. Der war unterschiedlich. Für 1989 können wir sehr schöne Geschichten erzählen über dieses Hase-und-Igel-Spiel. Es hat einfach schon gar nicht mehr funktioniert, die waren überfordert. Aber ähnliche Beispiele gibt es auch schon viel eher. Das Beispiel Juni 1953 und die Kopfschüsse, die heute morgen angesprochen worden sind, das hat diese Generation natürlich nicht erlebt.

Zur Frage nach der Ermütigung: Die Außenkontakte sind deshalb für mich wichtig gewesen, weil sie noch einmal deutlich gemacht haben, daß ich nicht in einem Archipel GULag lebe und verschwinde wie eine Ameise im Ameisenhaufen, sondern Europäer bin und eben Kontakte haben kann, reden kann, mit György Konrád z. B., erleben kann, in welchem Kontext das steht. Das ist ein Stückchen das Gefühl „Hier wird Weltgeschichte geschrieben, und du selber hast darin einen Platz; du mußt dich da auch entsprechend verhalten“, und das Wissen, daß das nicht untergeht.

Das hat aber nicht nur etwas mit den Außenkontakten zu tun, sondern das galt auch innerhalb des Landes. Ich könnte jetzt eine Reihe von Namen aufzählen, das kann, denke ich, jeder.

Zur Frage Demonstrationen, der Opposition, ihrem Selbstverständnis usw.: Ich habe vorhin schon einmal angedeutet – symbolische Aktionen, das sind ja Demonstrationen. Das sind Aktionen, die eigentlich auf der Straße passieren sollten, ob man einen Aufnäher draufmacht oder Kerzen anzündet oder dergleichen. Ich denke, daß diese Aktionen in der Frühzeit, in den siebziger und in den frühen achtziger Jahren, meist den Sinn hatten zu zeigen: „Ich will da nicht mitmachen, und das will ich jetzt endgültig deutlich machen.“

Es gibt eine zweite Funktion von Demonstrationen, das ist: „Wir müssen denen zeigen – Ihr seid in der Minderheit.“ – Das hat sich dann artikuliert in dem Ruf: „Wir sind das Volk!“

Diese beiden Funktionen sind zusammengekommen, das heißt einer nach dem anderen hat deutlich öffentlich gesagt: „Ich mache hier nicht mit.“ Genau das – so meine Erfahrung – gehörte in das Kalkül politischer Arbeit der Gruppen.

Man hat aber nicht im Jahre 1983 gesagt: „Wir machen Demonstrationen.“ – Wo denn? Da hätte man sich irgendwo anschließen müssen. Das wäre vielleicht ein kleiner Haufen gewesen. Wir haben eine Demonstration in der Kleinstadt Naumburg gemacht. Wir waren zu zwölf auf dem Naumburger

Marktplatz. Ich weiß nicht: Ist das eine Demonstration? – Wir haben es eine symbolische Aktion genannt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Nach dem Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik gibt es den Tatbestand „ungesetzliche Zusammenrottung“. Also war es eine Demonstration, jedenfalls aus der Täterperspektive.

Martin Gutzeit drängt es, sofort etwas zum Stichwort Demonstration hinzuzufügen.

Martin Gutzeit: Das ist vorhin vielleicht nicht so deutlich herausgekommen. Ich hatte auf die Leipziger Taktik hingewiesen und vorher auch von spontanen Aktionen gesprochen, die eigene politische Ansprüche im öffentlichen Raum artikulierten. Damit meinte ich die Demonstrationen.

Ich will noch einmal eine Erfahrung schildern, die mich selbst betrifft: Ich habe meine erste Demonstration mit 19 Jahren im Jahre 1971 gemacht. Ich war in Berlin und wollte zu einem Rockkonzert gehen. Wir hatten damals lange Haare. Zu diesem Konzert haben sie alle die nicht reingelassen, die zu lange Haare hatten. Was ist passiert? – Es sind bestimmt 50 oder 60 Leute zur Polizeistation gegangen, um sozusagen Protest anzumelden und doch noch hineinzukommen. Dann wurden drei Emissäre hochgeschickt, und danach konnten wir hineingehen. Man machte also die Erfahrung, daß man durch derartige öffentliche Demonstrationen etwas erreichen kann. Das war meine erste Erfahrung mit Demonstrationen.

In dieser spontanen Art konnte sie im Bereich der DDR tatsächlich etwas bewirken, und das wußte man. Man durfte es nicht exzessiv ausüben. Wir haben 1973 eine eher lustige Demonstration gemacht mit etwa 15 Leuten quer durch Berlin. Dieses Mittel war uns also sehr wohl bekannt, und ich halte es gerade auch im politischen Sinne für wichtig.

Katrin Eigenfeld: Zunächst zu den Demonstrationen: Dieses vorsichtige Ausprobieren der Wirkung von „Straßenpflaster“ hat es eigentlich schon lange gegeben. Sie müßten es auch wissen, Herr Passauer. Ich erinnere an die Zeit der Friedensdekade. Da haben wir in Halle einen sogenannten Sternmarsch praktiziert, sind also von Kirche zu Kirche gezogen. Die Straßen wurden vorgegeben und abgesprochen, und es durfte nichts Demonstratives dabei gezeigt werden. Das hatte auch seine Zeit – bis wir dann trotzdem kleine Bettlaken aus den Taschen gezogen oder uns etwas vor die Brust gehängt haben.

Dann sind zu nennen – wieder von Halle ausgehend – diese staatlich verordneten Friedensdemonstrationen zu Pfingsten. Da haben wir 1983 versucht, sie mit einem eigenen Marschblock zu verschönern. Das ist ganz brutal verhindert und zerschlagen worden.

Ich erinnere an den Olof-Palme-Marsch. Das war für mich ein Durchbruch,

weil ich das zum erstenmal ganz positiv empfand und gedacht habe: „Jetzt geht hier etwas los.“

Herr Passauer, Sie haben nach den Gemeindegemeinderäten gefragt, danach, ob wir den Dialog mit ihnen versucht haben, um unsere Ziele dort zu erstreiten: Ich bin selbst Mitglied des Gemeindegemeinderats gewesen und habe genau aus diesem Grunde versucht, in diesem Kreis unsere Interessen mit Engelszungen zu vertreten. Das waren damals die Interessen dieser Jugendlichen in der diakonischen Arbeit. Die Arbeit dort ist für mich sehr schnell zu Ende gegangen, weil man mich zur nächsten Wahl nicht wieder aufgestellt hat.

Ich habe Gemeindegemeinderäte erlebt – ich kann es jetzt leider nur so pauschalisieren; es gibt immer Ausnahmen –, deren Mitglieder für mich sehr konservative Menschen waren. Zum Teil war es so, daß sie dort wirklich eine Nische gesucht haben. Ich habe bei ihnen ganz starke antikommunistische Strömungen feststellen können, die sie aber nicht nach außen artikulierten. Das ging natürlich hin bis zu IM, die mit drinsaßen. Ich habe selten Menschen aus einem Gemeindegemeinderat kennengelernt, die sich uns oder unserer Arbeit angeschlossen hätten. Das war leider nicht so.

Dennoch gab es Gemeindegemeinderäte, die es uns ermöglicht haben, die Räume zu nutzen. Das hing dann komischerweise wieder mit dem Pfarrer vor Ort zusammen. Wenn der Pfarrer vor Ort uns wohlgesonnen oder sogar einer von uns war, dann klappte das auch. Er hat es dann bestimmt geschafft, wiederum seinen Gemeindegemeinderat so einzustimmen, daß diese Dinge möglich wurden. – So habe ich es erlebt.

Nun zu dieser fürsorglichen Haltung von Kirchenoberen: Ich habe das in Halle erlebt. Jetzt hat es der damalige Superintendent auch eingestanden und gesagt: „Es war wohl ein Fehler, daß wir euch zu sehr behüten wollten, nämlich davor bewahren wollten, ins Gefängnis zu kommen.“ – Das hat er jetzt also kritisch gesehen. Das war das erste Mal, daß ich das erlebt habe.

Es ist nicht so, daß ich das jetzt verdamme. Was ich schlimm fand, war, wie sie sich in den offiziellen Gesprächen zu uns gestellt haben. Ich sage Ihnen ein Beispiel: In Halle hat eine in der Kirchenhierarchie sehr hoch gestellte Persönlichkeit uns gegenüber geäußert – aufgrund dieser Gespräche, die wir mit ihr geführt haben und führen mußten, weil sie ja dieser Puffer zwischen den staatlichen Stellen und uns war –: Die Verhältnismäßigkeit der Mittel; es sei ja so schlimm noch nicht in der DDR, daß man zu diesen Mitteln der Konspiration greifen müsse. Erst wenn es so schlimm sei wie im Faschismus, wäre das gerechtfertigt. – Das sind für mich Schlüsselerlebnisse gewesen. Ich habe das einfach nie vergessen.

Sie haben uns meist vorgeworfen, die Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht zu beachten. Wir sind natürlich immer einen Schritt weiter gegangen, ganz klar. Wir haben die Spielräume völlig ausgereizt. Es war eine Entwicklung.

Zur Frage nach der Opposition, nach den Strömungen: Herr Hilsberg, die Antwort haben Sie hier und heute. Die Leute, die hier sitzen, sind sozusagen alle einmal aus einem Suppentopf gekommen. Sie sehen, wo sie alle gelandet sind. Das Spektrum ging dann vom „Neuen Forum“ über den „Demokratischen Aufbruch“, „Demokratie jetzt“, „Initiative Frieden und Menschenrechte“, und Freunde von uns sind heute auch in der CDU. Sie waren vielleicht im Grunde ihres Herzens immer schon CDU, und nun konnten sie sich in diesem System endlich verwirklichen.

Hans Misselwitz: Im Anschluß an diese Frage der Klassifizierung nur die Empfehlung: Um das historisch gerecht zu tun, würde ich auf jeden Fall versuchen, jegliche moralischen Kriterien davon wegzunehmen. In so einer Gruppe, wie wir sie hatten, verstanden sich etwa 30 % weiterhin in irgendeiner Weise als Marxisten. Die sind nun scheinbar historisch widerlegt worden. Trotzdem waren das oft die mutigsten Leute, denn sie haben wirklich einen biographischen Bruch gegen ihre Elternhäuser oder gegen die Partei, in der sie waren, vollzogen und in dem Zusammenhang oft größere Härte gespürt als andere. Trotzdem waren unter diesen sehr viele, die sich hauptsächlich im Kampf mit der SED befanden. Ich habe mich nie im Kampf mit der SED befunden, und zwar in dem Sinne: Ich habe die nicht verbessern wollen. Wir haben Dialog erst einmal in dem Sinne verstanden, daß wir den unter uns führen nach dem Motto: „Wir nehmen uns das Recht und die Freiheit, das zu machen, was wir zunächst machen können.“ – Da gab es diese Unterschiede.

Wer nachträglich auf die politischen Motivationen schaut, dem kann es passieren, daß er das moralisch nicht gerecht erfaßt. Man muß einfach diese Vielfalt sehen, auch in dem Sinne, wie Katrin Eigenfeld das gesagt hat.

Was die direkt an mich gestellte Frage angeht – mit den Entscheidungsträgern in der Kirche verhandeln –, so würde ich dem zustimmen, daß es diese unterschiedliche Generationenkultur gab. Das sind nicht nur historische Erfahrungen, denn natürlich hatten auch nicht alle Superintendenten oder Bischöfe persönlich irgend etwas erfahren. Es gab diese unterschiedliche Kultur. Ich will noch einmal darauf abzielen: Die meisten von uns sind ja auch durch eine bestimmte Jugendkultur geprägt gewesen, die es in den sechziger Jahren oder Anfang der siebziger Jahre gab. Wir haben oft auch so ausgesehen. Das bedeutete, daß ein bestimmtes vorhandenes Christentum, das im Grunde ein Reservoir bürgerlichen Rückzugs – im besten oder auch im schlechten Sinne – oder bürgerlicher Überwinterung war, Schwierigkeiten mit uns hatte. Da gab es sehr schwere emotionale oder psychologische Hemmnisse, die man allerdings auch abbauen konnte. Wir in Pankow haben da vielleicht eine Erfahrung gemacht, die speziell und nicht verallgemeinerbar ist. Aber wenn das funktionierte, hat die Kirchenleitung dazu gestanden. Das ging bis dahin, daß sie mit vor den Türen stand – also Stolpe oder Forck oder andere –, wenn die Stasi aufmarschierte.

Ulrike Poppe: Was bedeuteten Demonstrationen für uns? Es ist ja bekannt, daß das DDR-Regime sehr prestigeseuchtig war. Wenn sie schon nicht verhindern konnten, daß es Widerstand und Opposition gab, so haben sie sich wenigstens bemüht, es unter der Decke zu halten. Deshalb war es natürlich außerordentlich schwierig, auf die Straße zu gehen. Dennoch hat es solche Versuche gegeben, kleine Versuche, von denen Christian Dietrich auch schon gesprochen hat.

Der erste größere Versuch, jedenfalls in Berlin, war 1987 im Rahmen des Olof-Palme-Marsches. Das war ja eine mit dem Staat abgesprochene Aktion, aber innerhalb dieses Rahmens gab es noch eine eigene, das war die Berliner. Honecker war gerade im Westen, und wir wußten, das bedeutete, daß in der DDR nichts passieren durfte. Die Staatsorgane, das MfS hatten für die Dauer des Besuches die Anweisung, nicht einzuschreiten; es durfte nichts irgendwie Nachteiliges in die Presse kommen. Diese Situation waren wir bemüht auszunutzen. Es kam dann zu einer Demonstration mit etwa 1.000 Menschen. Danach gab es die Demonstration gegen die Zensur der Kirchenzeitung, die hier schon erwähnt worden ist. Aber mehr gab es bis 1989 dann eigentlich nicht.

Dabei denke ich an richtige Demonstrationen mit Zügen, die durch die Straße marschierten. Natürlich gab es an bestimmten Orten Ansammlungen und kleine Züge. Ich erinnere mich auch an eine ganz kleine Demonstration zur chinesischen Botschaft, und zwar aus Protest gegen das Massaker. Da haben wir uns auf Anraten der uns begleitenden Kirchenleute zu dem Kompromiß verleiten lassen, in kleinen Grüppchen zu gehen und nicht als ein Block sichtbar zu werden, weil wir natürlich von der Stasi umringt waren. Vor dieser Botschaft sind wir dann auch sehr schnell in den LKW eingesammelt und in so eine Garage gefahren worden, in der wir viele Stunden verharrt haben.

Ein Beispiel will ich in dem Zusammenhang noch erzählen: 1983 kam von Friedensfreunden aus Weimar der Vorschlag, eine Demonstration in Berlin gegen NATO-Waffen, also durchaus der Ideologie der DDR entsprechend einseitig gegen NATO-Waffen, zu veranstalten. Es ging bei dieser Idee nur darum, ein Demonstrationsrecht durchzusetzen, also eine eigene, nicht staatlich verordnete Demonstration stattfinden zu lassen, denn gegen das Thema konnte ja dieser Staat nichts haben. Wir Berliner haben gesagt: Das ist Quatsch, das machen wir nicht; wir demonstrieren nicht für eine Idee, die nicht unsere ist; denn für uns ging es immer um beiderseitige Abrüstung. – Dennoch, obwohl wir nach außen hin ganz klar unser Nein kundgaben, gab es an dem Tag, an dem die Demonstration stattfinden sollte, ungefähr 100 Festnahmen in Berlin. – Eine solche Angst hatte dieser Staat vor eine selbstorganisierten Demonstration, per se, unabhängig von Inhalten!

Zu Stephan Hilsberg: Ich habe mich wahrscheinlich schlecht ausgedrückt. Ich

meine selbstverständlich auch, daß eine Klassifizierung nötig ist, daß zwischen unterschiedlichen Strömungen unterschieden werden muß. Ich plädiere gerade für eine ganz starke und sorgfältige Differenzierung, für ein genaues Hinsehen. Selbst eine Klassifizierung der einzelnen Gruppen nach bestimmten Kriterien ist schon problematisch. Man muß einmal die Entwicklung und zum anderen auch die einzelnen Personen berücksichtigen, die ja eine unterschiedliche Risikobereitschaft und auch unterschiedliche Ambitionen hatten, sich etwa in erklärte Gegnerschaft zum Staat oder in eine etwas gemäßigte Position zu bringen.

Dazu als Beispiel: Ich habe während meiner Verhaftung Reaktionen aus meinem Betrieb kennengelernt, und zwar haben sich Kollegen in meiner Abteilung solidarisch erklärt, obwohl sie politisch mit mir überhaupt nicht sympathisierten, also sehr angepaßte, sehr gemäßigte, ganz durchschnittliche Bürger waren, die das aber trotzdem ungerecht fanden. Das waren auch Leute aus der Partei, die einen Parteiausschluß riskiert haben, was dann auch stattgefunden hat. – Bis dahin also muß die Differenzierung eigentlich erfolgen, wenn man dem Spektrum gerecht werden will und die DDR-Gesellschaft nicht nur in zwei Teile teilt, in die große Masse der Angepaßten und die kleine Spitze der Opposition.

Diejenigen, die Kontakte zur Dissidenz in Osteuropa hatten, das waren diejenigen, die am wenigsten in ideologischen Denkmustern befangen waren. Das war auch die Bedeutung dieser Kontakte. Bei uns in der Opposition gab es diese Befangenheit noch mehr oder weniger stark. Es steht uns nicht gut an zu behaupten, wir seien frei davon gewesen, auch in der Opposition.

Zu Herrn Professor Fischer und der Frage, ob die fürsorgliche Haltung der Kirche eine Frage der Generationen gewesen sein kann: Das halte ich für möglich. Damit ist zum Teil auch argumentiert worden. Ich habe in Erinnerung, daß ältere kirchenleitende Leute gesagt haben: „Ihr habt die Erfahrung der fünfziger Jahre nicht gemacht; ich sage euch: Es kann so gefährlich werden.“ – Das sind Worte, die wir auch genügend von unseren eigenen Eltern gehört haben. Dagegen gab es natürlich entsprechenden Protest, denn wir wollten selber unsere Grenzen austesten, und wir wollten das, was wir machen, auch selbst verantworten.

Das ist aber nur eine Seite der Medaille und auch nur eine Erklärung. Das sehr viel Entscheidendere war, daß viele kirchenleitende Leute eine ihnen vom Staat zugewiesene Funktion angenommen haben, eben die Rolle des Vermittlers, diese Rolle, sich verantwortlich zu fühlen, nicht nur die vermittelnden Gespräche zu führen, sondern auch bestimmte Garantien für das Wohlverhalten der ihnen anvertrauten Gruppen, wie es dann manchmal so hieß, abzugeben.

Es gab aber auch Beispiele dafür, daß Pfarrer dem nicht entsprochen haben. Ich erinnere mich an den Pastor der Gethsemanekirche, Werner Widrat. Er

hatte ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Inneres in Berlin. Dieser Mann hatte ihm gesagt: „Die Veranstaltung, die Sie planen, wünschen wir gar nicht. Sie müssen damit rechnen, daß einzelne Leute, die dorthin gehen, strafrechtliche Konsequenzen erfahren werden.“ – Daraufhin hat Herr Widrat gesagt: „Gut, ich werde es den Leuten übermitteln, aber ich kann Ihnen nichts versprechen; diese Leute entscheiden selbst, ob sie das veranstalten oder nicht.“ – Das ist die Haltung, die wir uns gewünscht und die wir leider nur bei einigen wenigen gefunden haben. (Beifall)

Zur Frage, woher die Ermutigung kam: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie die internationalen Kontakte angesprochen haben. Sie haben wirklich eine große und wichtige Rolle gespielt. Ich erinnere nur an die END-Konferenzen. 1983 war eine END-Konferenz – European Nuclear Disarmament – in West-Berlin. Viele Vertreter kamen aus West-Berlin nach Ost-Berlin herüber, und hier haben Kontakte begonnen, die ihre Fortführung in den nächsten Jahren fanden, was nicht nur einen Informationsaustausch, sondern auch Schutz bedeutete. Wir haben das selbst zu spüren bekommen. Als Bärbel Bohley und ich inhaftiert waren, haben viele dieser Gruppen, die wir da erst kennengelernt hatten, protestiert.

Die Haltung zu den Westmedien war in den Gruppen sehr unterschiedlich. Gleich zu Beginn der Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ kam es zu einer Spaltung dieser Gruppe. Einer der wesentlichen Gründe für diese Spaltung war die unterschiedliche Haltung zu diesen Westmedien. Es gab eine Menge Gruppen, die das generell und prinzipiell abgelehnt haben. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat das nicht abgelehnt, weil wir auf dem Standpunkt standen, daß Öffentlichkeit unser entscheidendes Mittel ist, und da war uns auch jede Öffentlichkeit recht.

Wir haben allerdings ein Stück differenziert und fanden die „Bild“-Zeitung und Löwenthal usw. nicht so gut, haben andere Medien bevorzugt. Aber im Prinzip waren wir sehr dankbar dafür, daß über die Westmedien wichtige Informationen gestreut wurden. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke. Nun möchte ich Armin Mitter bitten, mit dem nächsten Podium zu beginnen.

Gesprächsleiter Dr. Armin Mitter: Zunächst werden wir jetzt, wie es schon in der ersten Runde der Fall war, den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Gelegenheit geben, sich vorzustellen. Im zweiten Teil werden wir konkreter auf die politische Entwicklung in der Zeit von 1987 bis 1989 eingehen, wobei dann auch die Fragen, die schon in der ersten Runde zur Diskussion gestellt worden sind, wieder eine Rolle spielen werden.

Als erste möchte ich Frau Bohley bitten, das Wort zu ergreifen.

Bärbel Bohley: Letzten Endes ist mein Leben nicht viel anders verlaufen als das Leben aller anderen in der DDR. Vielleicht bin ich direkter an den